



HESSISCHER LANDTAG

09. 07. 2024

Kleine Anfrage

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und

Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 01.07.2024

Auswärtige Kabinettsitzungen

und

Antwort

Chef der Staatskanzlei

Vorbemerkung Fragestellerinnen:

Am 22.04.2024 fand eine auswärtige Kabinettsitzung in einem Neubaugebiet in Wiesbaden-Nordenstadt statt (<https://finanzen.hessen.de/presse/das-hessengeld-kommt>). Am 31.05.2024 fand eine auswärtige Kabinettsitzung in Fritzlar statt (<https://hessen.de/presse/kabinettag-auf-dem-61-hessentag-in-fritzlar>). Am 17.06.2024 fand eine auswärtige Kabinettsitzung in der U.S. Army Garrison Wiesbaden auf dem Flugplatz Erbenheim statt (→ <https://staatskanzlei.hessen.de/video/auswaertige-kabinettsitzung-in-der-us-army-garrison-wiesbaden>).

Die Vorbemerkung der Fragestellerinnen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Wie viele auswärtige Kabinettsitzungen haben seit Beginn der 21. Wahlperiode stattgefunden?
Bitte mit Datum und Ort auflisten.

Es haben drei auswärtige Kabinettsitzungen stattgefunden:

22.04.2024, Wiesbaden-Nordenstadt,
31.05.2024, Hessentag in Fritzlar und
17.06.2024, Wiesbaden-Erbenheim.

Frage 2 Aus welchem Grund haben die unter Frage 1 genannten Sitzungen jeweils außerhalb der Staatskanzlei stattgefunden?

Mit den traditionellen auswärtigen Kabinettsitzungen anlässlich der Hessentage bringt die Landesregierung ihr klares Bekenntnis zu den jeweiligen Regionen, ihren Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den ansässigen kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen und Angeboten zum Ausdruck. Mit der Tagung in der Hessentagsstadt Fritzlar hat die Landesregierung ihr klares Bekenntnis zur Stärkung der Region – von der Wirtschaftsförderung über Investitionen in Infrastruktur und Mobilität bis hin zu Pflege von Tradition und Brauchtum und der Stärkung von ehrenamtlichem Engagement gegenüber allen Bürgern dokumentiert.

Für die beiden weiteren Sitzungen in Wiesbaden-Nordenstadt und Wiesbaden-Erbenheim gilt, was für alle auswärtigen Kabinettsitzungen gilt: die Landesregierung legt großen Wert auf einen fachlichen Austausch bewusst an solchen Standorten, die für die Schwerpunkte ihrer Politik stehen und sie für die Bürgerinnen und Bürger medial erlebbar machen. Die Landesregierung informiert dabei vor Ort und themenbezogen; dies macht ihre politischen Anliegen und Ziele transparent und nachvollziehbar.

Frage 3 Welche zusätzlichen Kosten haben die unter Frage 1 genannten Sitzungen im Vergleich zu einer Kabinettsitzung in der Staatskanzlei jeweils verursacht?

Die Durchführung auswärtiger Sitzungen verursacht zusätzliche Kosten für Dienstleistungen aus den Bereichen Veranstaltungslogistik und Bewirtung.

Frage 4 Wie viel Arbeitszeit von Landesbediensteten ist durch die unter Frage 1 genannten Sitzungen im Vergleich zu einer Kabinettsitzung in der Staatskanzlei angefallen?

Die auswärtigen Kabinettsitzungen werden seitens der Staatskanzlei mit Personal aus verschiedenen Fachreferaten aus mehreren Abteilungen konzipiert, vorbereitet und begleitet. Dies geschieht im Rahmen der allgemeinen Dienstgeschäfte. Da die beteiligten Referate mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diverse Termine sowohl organisatorisch als auch inhaltlich parallel bearbeiten, ist eine Zuordnung der Arbeitszeiten auf auswärtige Veranstaltungen und solche, die in Räumlichkeiten der Staatskanzlei abgehalten werden, nicht möglich. Im Arbeitsalltag sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stets für eine Vielzahl ineinandergreifender Aufgaben zuständig.

Frage 5 Wurden für die unter Frage 1 genannten Sitzungen externe Dienstleister beauftragt?

Ja, es wurden für die jeweiligen Sitzungen zum Teil externe Dienstleister aus den Bereichen Veranstaltungslogistik, Gestaltung und Bewirtung beauftragt.

Frage 6 Falls ja: Welche im Detail und mit welchen Kosten?

Bewirtung	:	3.040,45 €
Veranstaltungslogistik:		7.422,99 €
Gestaltung:		185,00 €

Frage 7 Welche weiteren auswärtigen Kabinettsitzungen sind geplant?

Die Frage nach künftigen auswärtigen Kabinettsitzungen kann im Hinblick auf die noch andauernden Entscheidungsprozesse innerhalb der Landesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Wiesbaden, 9. Juli 2024

Benedikt Kuhn